

Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.

Antragsheft 2

3. Landesparteitag
DIE LINKE. Sachsen
25. April 2009
Galerie Flughafen Dresden Terminal
Wilhelmine-Reichard-Ring 1
01109 Dresden

Herausgeber:
Landesgeschäftsführer
der Partei DIE LINKE. Sachsen

I. Anträge an den 3. Landesparteitag

Ersetzungsanträge zu A.1

Ä.A.1.8.1 Bartl, Gebhardt, Külow	S. 3 - 4
Ä.A.1.9.1 Gaitzsch, Werblow, Körner u.a.	S. 5
Ä.A.1.10.1. Gaitzsch, Knorr, Wehse u.a.	S. 6
Ä.A.1.11.1. Gaitzsch, Knorr, Wehse u.a.	S. 7

Änderungsanträge zu A.1

A.1.16. Beauftragtenrat, Koordinierungsrat u.a.	S. 8 - 10
A.1.17. Herold	S. 11 - 13
A.1.18. Ernst, Gebhardt	S. 14 - 15
A.1.19. AG "Soziale Politik" (Leipzig)	S. 16 - 18
A.1.20. Gaitzsch, Werblow, Behringer-Gaitzsch	S. 19
A.1.21. Gaitzsch, Werblow, Körner	S. 20
A.1.22. Kreisverband Nordwestsachsen	S. 21 - 22
A.1.23. René Nitschke	S. 23
A.1.24. Jens Naumann	S. 24
A.1.25. Mieth, Klarner, Mieth	S. 25
A.1.26. Bartl, Külow	S. 26
A.1.27. Neuhaus	S. 27
A.1.28. LAG betrieb & gewerkschaft	S. 28 - 36

II. Berichte

Bericht des Finanzbeirates	S. 37
----------------------------	-------

Ä.A. 1.8.1

Ersetzungsantrag zum Änderungsantrag A. 1.8 (Kapitel „Sicher leben – Freiheit schützen“)

EinreicherInnen: MdL Klaus Bartl, MdL Rico Gebhardt, MdL Dr. Volker Külöw

Antrag:

Einfügung/Änderung beginnend ab Zeile 1106:

“Das Vertrauen der Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens in eine tatsächlich unabhängige Justiz, in eine Rechtsprechung, die alle Bürgerinnen und Bürger gleich achtet und gleich behandelt, ist in den letzten Jahren erschüttert worden. DIE LINKE. Sachsen tritt deshalb dafür ein, die Gerichte und Staatsanwaltschaften in Sachsen schrittweise in einen Status der Selbstverwaltung zu überführen, und ihnen damit die Stellung zu verschaffen, die der Rechtsprechung in einer tatsächlich gewaltenteiligen demokratischen Gesellschaft zukommt.”

Begründung:

Das Grundgesetz wie auch die Verfassung des Freistaates Sachsen sehen eine Trennung der drei Staatsgewalten vor. Die Rechtsprechung ist dabei eine unabhängige, dritte Staatsgewalt. In der Bundesrepublik Deutschland, mithin auch in Sachsen, fehlt es an einer überzeugend und durchgängig vollzogenen Trennung der Judikative von der Exekutive, weil die Gerichte und Staatsanwaltschaften quasi als “nachgeordnete Behörden” hierarchisch dem Justizminister unterstellt sind und sich damit in vielfältiger Abhängigkeit befinden. Dies beginnt bei der Einstellung und Beförderung von Richtern und Staatsanwälten und setzt sich fort über die Zuweisung und Streichung von Haushaltsmitteln für die Justiz etc.. Vom Deutschen Richterbund, von der Neuen Richtervereinigung und insbesondere auch deren sächsischen Landesverband sowie von weiteren berufsständischen Verbänden und Vertretern im Bereich der Rechtspflege wird daher seit langem gefordert, eine Selbstverwaltung der Justiz einzuführen, wie sie in anderen EU-Ländern wie Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien und Ungarn schon besteht und in Großbritannien zumindest in Form einer sehr eigenständigen Justizorganisation vorhanden ist. Nur in einigen wenigen europäischen Ländern, so auch in der Bundesrepublik Deutschland, ist die Selbstverwaltung der Justiz nicht einmal in Ansätzen verwirklicht. Der Deutsche Richterbund hat bereits auf seiner Bundesvertreterversammlung in Potsdam am 22. Mai 2007 mit überwältigender Mehrheit die Umwandlung zur Selbstverwaltung der Justiz gefordert und auch ein entsprechendes Gesetzesmodell entwickelt. Auf seiner Grundlage die entsprechenden landesrechtlichen Voraussetzungen für eine in jedem Fall maßgebliche Stärkung der Eigenverantwortung und Unabhängigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Sachsen zu schaffen, ist für DIE LINKE in Sachsen umso dringlicher, als die in der zu Ende gehenden 4. Wahlperiode nach langem “Gezerre” mit der Stimmenmehrheit der Koalition angenommene Novelle zum Sächsischen Richtergesetz nicht in Ansätzen die erforderlichen

Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Richter- und Staatsanwaltsvertretungen, wie sie in anderen Bundesländern längst Standard sind, gewährleistet.

Wir unterstützen die Forderung der berufsständischen Vertretungen der Richter und Staatsanwälte,

- die Ermittlung des zur Aufgabenerfüllung erforderlichen sachlichen und personellen Bedarfs in eigener Verantwortung der Gerichte und Staatsanwaltschaften zu bestimmen,
- im Konfliktfall ein Recht, zur Begründung dieses Bedarfs im Parlament vorzutragen,
- die Haushaltsbewirtschaftung durch die einzelnen Gerichte und Staatsanwaltschaften in dezentraler Ressourcenverantwortung wahrzunehmen,
- Mitbestimmungsregelungen des Sächsischen Richtergesetzes maßgeblich zu erweitern,
- ein transparentes und allein den grundgesetzlichen Qualitätskriterien verpflichtetes Verfahren zur Auswahl von Richterinnen und Richtern bei allen Gerichten auf allen Ebenen unter angemessener Beteiligung der Richterschaft zu gewährleisten,
- das externe Weisungsrecht und die so genannten Absichtsberichte an das Justizministerium abzuschaffen sowie
- Entscheidungskonzentration und Durchgriffsrechte beim Generalstaatsanwalt des Freistaates Sachsen abzubauen bzw. sachgerecht zu begrenzen.

Allein eine derartige Entwicklung wirkt der zunehmend gefährdeten Leistungsfähigkeit und vielfach bedrohten Unabhängigkeit der Justiz im notwendigen Maße entgegen.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen:	• Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

Ä.A. 1.9.1

Ersetzungsantrag zum Änderungsantrag Ä.A.1.9 (Kapitel „Bildung und Kultur für alle und überall“)

EinreicherInnen: Jens Gaitzsch, Margot Gaitzsch, Dieter Gaitzsch, Hildburg Werblow, Dieter Werblow, Klaus Körner, Georg Wehse, Jana Behringer-Gaitzsch, Klaus Krafft, linksjugend ['solid] Dresden

Änderungsantrag zum Antrag 1.9.:

In Zeile 887/888 Ersetzen: „Breitensport und Leistungssport ... einnehmen“ durch:
„Breitensport soll in unserer Sportpolitik Vorrang vor dem Leistungssport haben.“

Begründung:

Breitensport ist sportliche Betätigung, die alle Bevölkerungsschichten unabhängig vom Alter, körperlicher oder geistiger Konstitution erfassen kann. Er bezieht damit wesentlich mehr Menschen als der Leistungssport ein. Er ist nicht vordergründig an höchster sportlicher Leistung orientiert, sondern dient vielmehr der Erhaltung des psychischen und physischen Gleichgewichtes des Körpers. Die derzeitige Tendenz im Leistungssport (immer höhere Belastung, Doping) birgt dagegen immer mehr die Gefahr der gesundheitlichen Gefährdung. Die aktuellen Tendenzen im Leistungssport und die damit verbundenen Probleme müssen Inhalt unserer politischen Diskussion werden.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Ä.A. 1.10.1

Ersetzungsantrag zum Änderungsantrag Ä.A. 1.10 (Kapitel „Bildung und Kultur für alle und überall“)

EinreicherInnen: Jens Gaitzsch, Margot Gaitzsch, Dieter Gaitzsch, Daniel Knorr, Georg Wehse, Jana Behringer-Gaitzsch, Klaus Körner, Hildburg Werblow, Dieter Werblow, Klaus Krafft, linksjugend [solid] Dresden

In Zeile 903 einfügen:

„Um letztlich viele Sportarten zu fördern und ihnen eine Bühne für Wettkämpfe zu geben sind moderne Multifunktions-Stadien unumgänglich. Hier ist schnelles Handeln nötig. Die Stadien in Dresden, Leipzig und Chemnitz sollen nicht weiter dem Verfall preisgegeben, sondern zu attraktiven Austragungsstätten verschiedener Wettkämpfe umgestaltet werden.“

Begründung:

In den letzten Jahren war es nicht möglich deutsche oder höhere Meisterschaften in Freiluftsportarten nach Sachsen zu holen. Dies lag unter anderem an den maroden Stadien in den 3 Metropolen Dresden, Leipzig und Chemnitz. Sport wird auch dadurch attraktiv, wenn man Wettkämpfe verfolgen und sich so motivieren kann. Stuttgart hat gezeigt, dass derzeit auch die Stadien streng dem Markt gehorchen und zur Not zu reinen Fussballstadien umgebaut werden müssen. Unser Ziel sollte eine breite Sportlandschaft mit vielen Möglichkeiten sein. In den Hallen in Leipzig (ARENA) und Chemnitz (Sportforum) finden internationale Wettkämpfe statt und zeigen das Potenzial für die Freiluftsaison, welches sich nicht nur am Spitzensport orientieren darf.

Entscheidung des Parteitages
Angenommen: • Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____

Ä.A. 1.11.1

Ersetzungsantrag zum Änderungsantrag Ä.A. 1.11 (Kapitel „Bildung und Kultur für alle und überall“)

EinreicherInnen: Jens Gaitzsch, Margot Gaitzsch, Dieter Gaitzsch, Daniel Knorr, Georg Wehse, Jana Behringer-Gaitzsch, Klaus Körner, Hildburg Werblow, Dieter Werblow, Klaus Krafft, linksjugend [solid] Dresden

Antrag:

In Zeile 908 nach „herauslösen“:

„Um auch im Sportbereich besser auf die individuellen Stärken der Kinder eingehen zu können, stehen wir für einen offenen Lehrplan im Sportunterricht, der eine Bewertung nach individuellem Leistungsfortschritt zulässt.“

Begründung:

Dem derzeitigen Sportunterricht ist nicht allein dadurch geholfen, indem sein Notensystem abgeschafft oder novelliert wird. Um die Motivation der Schüler für dieses Fach zu stärken ist es notwendig dem Sportlehrer den nötigen Freiraum zu geben bei jedem Schüler die Stärken zu erkennen und darauf einzugehen. Gerade körperlich schwächere SchülerInnen leiden unter Ausgrenzung weil ihre sportlichen Stärken abseits von Kraft im Unterricht nicht gefördert und damit auch nicht honoriert werden können.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • Abgelehnt: •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A.1.16

Änderungsanträge zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Sicher leben – Freiheit schützen“)

EinreicherInnen: Beauftragtenrat, Koordinierungsrat, Delegierte des Landesjugendtages, MdL Julia Bonk

1. Antrag A.1.16

Ergänzung des Absatzes 4.1. am Ende der Zeile 1063 durch die folgende Formulierung:

„Darüber hinaus fordern wir die Abschaffung der sogenannten Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten, die in der Vergangenheit immer wieder durch unrechtmäßige Gewalt und Brutalität aufgefallen sind.“

Begründung:

Die sogenannten Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten sind Polizeieinheiten, die oft auf Demonstrationen eingesetzt werden. Die Aufgabe der verummten und bewaffneten Einheiten ist es, vermutete StraftäterInnen aus Demonstrationen heraus festzunehmen. Meist werden dabei unbeteiligte Demonstrierende gewaltsam traktiert und manchmal gar verletzt. Den größten Anteil an der Ausbildung dieser Einheiten liegt im Bereich der trainierten Gewaltanwendung. Deeskalation spielt de facto keine Rolle. Immer wieder fallen diese in sich geschlossenen Einheiten durch übermäßige Gewalt und Aggression gegenüber Demonstrierenden auf. Die geschlossene Form der Einheiten sorgt zudem oftmals dazu, dass sich ein gefährlicher Corpsgeist - im Bereich der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Polizei "Cop Culture" genannt - heraus.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

2. Antrag A.1.16

Zeile 1079 - 1080 *„DIE LINKE verteidigt staatlicher Institution.“*

Ersetzen durch

„Die LINKE verteidigt die Unverletzbarkeit des Wohnraums, den Schutz privater Daten, das Recht auf digitale Intimsphäre und Zugriffe wirtschaftlicher und staattlicher Insitutionen.“

Begründung:

Die Online Durchsuchung wiederholt sich hier binnen zwei Sätzen. Da wir in diesem Satz betonen, welche Rechte wir erhalten, ausbauen etc. wollen, sollten wir auch das neue "Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme", also das Grundrecht auf digitale Intimsphäre mit aufnehmen und benennen.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: •	Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

3. Antrag A.1.16

Ersetze in Zeile 1254
"Rechtes" durch "**Menschenfeindliches**"

Begründung:

Die Bezeichnung "rechtes" ist einerseits zu verallgemeinernd, andererseits zu nichtssagend.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: •	Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

4. Antrag A.1.16

Ersetzung in Zeile 1255
„[...] in allen Altersgruppen anzutreffen.“ in „**in allen gesellschaftlichen Bereichen anzutreffen.**“

Begründung:

Rechte menschenfeindliche Gedanken sind nicht nur altersgruppenvariabel, sondern zieht sich durch alle gesellschaftliche Bereiche.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: •	Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

5. Antrag A.1.16

Ersetzung in Zeilen 1259 – 1261 den gesamten Satz durch
„DIE LINKE wird sich weiter dagegen einsetzen, dass es nazistischen Gruppen und ihren oft gewalttätigen Anhängerinnen und Anhängern gelingt, neue Angstzonen zu errichten oder alte aufrechtzuerhalten, in denen es für viele Menschen quasi unmöglich ist frei zu leben.“

Begründung:

Nicht immer sind die „AnhängelInnen rechter Gruppen“ "oft gewalttätig". Beispiele seien hier Kirchengemeinden oder CDU Mitglieder. Darüber hinaus ist es wichtig, festzuhalten, dass es bereits solche Angstzonen - vor allem im weniger urbanen Gebiet - gibt. Besonders Betroffen sind MigrantInnen und andere nicht ins Weltbild der Nazis passende Menschen. Beides wird im vorliegenden Text unzureichend dargestellt.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: •	Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A.1.17

Änderungsanträge zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“

Einreicher: Daniel Herold

1. Antrag A.1.17.

Streichung der Zeilen 3 bis 44.

Verschieben des Abschnitts 46 bis 57 in Zeile 83.

Begründung:

Aufgrund der Tatsache, dass das Programm bereits sehr umfangreich ist, denke ich, liegt in der Einleitung die Würze in der Kürze. Die ersten 40 Zeilen sind richtig und wichtig, nur sollten diese in politischen Auseinandersetzungen und Reden sowie Pressemitteilungen etc. verwendet werden. Die Bürger müssen an der Stelle mitgenommen werden, wo sie stehen und nicht wo sie mal waren, zumindest wenn es um das Wahlprogramm geht. Viel wichtiger ist, dass wir zeigen, dass es eben besser geht und vor allem worum es uns geht. Die sachliche Analyse zu jedem politischem Thema folgt im Programm.

Der Abschnitt 46 bis 57 ist am Schluss logischer und sinnvoller. Des Weiteren ist, um Dopplungen zu vermeiden, der Abschnitt „zur sozialen Sicherheit, zu innovativem und ökologischen Wirtschaften“, (Z. 46/47) zu streichen und in Z. 84 zur besseren Formulierung „einen“ durch „unseren“ zu ersetzen.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

2. Antrag A.1.17.

2.13. Ausbildung und Beruf qualifizieren

Zeile 359 „DIE LINKE will Mädchen zu einer Berufswahl in technischen Berufen sowie von Jungen in sozialen und erzieherischen Berufen motivieren“ soll geändert werden in:

„DIE LINKE will die freie Wahl des Ausbildungsplatzes fördern und junge Menschen bei der Auswahl des zukünftigen Berufes unterstützen. Dazu gehört eine stete Begleitung der SchülerInnen an den allgemeinbildenden Schulen und eine Vernetzung der Bildungsträger mit den regional ansässigen Unternehmen. Dadurch kann sinnvolle Nachwuchspolitik in und mit den Unternehmen gemeinsam mit den zukünftigen Arbeitnehmern gestaltet und falscher Berufswahl vorgebeugt werden.“

Begründung:

Wenn der Zugang zu Ausbildungsplätzen reguliert wird, entsteht ein großer Vorteil für die Wirtschaft zugleich aber ein großer Nachteil für ein Teil der Auszubildenden. Vorteil: Man kann Arbeitskräftemangel in Branchen vorbeugen. Nachteil: Unter Umständen müssen dann Azubis Berufe wählen, die nicht in ihrem Interesse liegen. Unter einer neuen sozialen Idee verstehe ich etwas anderes. Es ist wichtig, junge Menschen von Geburt an zu begleiten und Interessen zu fördern. Dazu gehört auch eine intensive Betreuung während der Schulausbildung zur Vorbereitung der Ausbildung. Zusätzlich müssen die regionalen Unternehmer mit einbezogen werden. So können Defizite bei SchülerInnen frühzeitig erkannt und ausgeglichen werden. Ebenso kann so der Unternehmer seine zukünftigen Mitarbeiter schon kennen lernen und beim beruflichen Bildungsprozess unterstützen. Dabei kann auch der Zugang von Jungen zu sozialen, erzieherischen Berufen und von Mädchen zu technischen Berufen verbessert werden. Aus staatlicher Perspektive ist so eine langfristige Arbeitsmarktentwicklung und -planung möglich.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen:	• Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

3. Antrag A.1.17.

Streichungen der Zeilen 129/130:

„Das Krisenmanagement darf nicht auf dem Rücken derjenigen erfolgen, die für diese Krise nicht verantwortlich sind.“

Begründung:

Polemische Formulierungen in einem sachlichen Wahlprogramm nicht angebracht.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen:	• Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

4. Antrag A.1.17.

Ersetzen der Zeilen 188-189:

"Eine bessere Kreditversorgung wollen wir durch kommunale Sparkassen und Genossenschaftsbanken erreichen" durch:

"Eine besser finanzielle Versorgung wollen wir durch den Ausbau, die Vernetzung und den erleichterten Zugang zu allen bestehenden Förderungsmöglichkeiten erreichen. Dies soll vor allem durch kommunale Banken und Sparkassen geschehen."

Begründung:

Nicht die Kreditversorgung an sich ist das Problem, sondern der oftmals schwere Zugang zu den Informationen über bestehende Förderungsmöglichkeiten. Kleinunternehmern und Mittelständlern ist oft nicht klar, welche Förderungen existieren, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen und wo sie betreffende Anträge stellen und alle dazu gehörenden Daten finden können. Daher sind ein Ausbau und eine Vernetzung der vorhandenen, zahlreichen Angebote notwendig. Dies soll durch die kommunalen Banken geschehen. Mit der Bereitstellung einer zentralen Informations- und Datenplattform können diese Institute als zentraler Ansprechpartner fungieren.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. 1.18

Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Sicher leben – Freiheit schützen“

EinreicherInnen: MdL Cornelia Ernst, MdL Rico Gebhardt

Antrag:

Aufnahme eines neuen Punktes 4. 9. in das Landeswahlprogramm dafür wird Kapitel 4.9 alt zu 4.10:

„4.9. Für eine lebendige Grenzregion mit der Republik Polen und der Tschechischen Republik

Mit der EU-Erweiterung vom 1. Mai 2004 liegt Sachsen nicht mehr an der EU-Außengrenze, sondern ist Teil einer größeren europäischen Region auf beiden Seiten der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze.

Für eine europäische Zusammenarbeit über beide Grenzen hinweg bleibt noch viel zu tun: eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Herausbildung eines Wirtschaftsstandortes, die Schaffung eines Netzwerkes von Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die Erarbeitung und Umsetzung eines grenzüberschreitenden Verkehrskonzepts wie von kleinteiligen Verkehrslösungen zwischen Grenzstädten oder die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region. Ebenso sind die Anstrengungen für einen zwischen den Nachbarstaaten abgestimmten Natur- und Umweltschutz zu intensivieren, um den wertvollen natürlichen Lebensraum für heutige und nachfolgende Generationen zu bewahren. In gleicher Weise setzen wir uns für ein von allen verantwortlichen Akteuren der Grenzregion gemeinsam getragenes Konzept für den Katastrophenschutz ein.

Wir wollen endlich die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, dass Schülerinnen und Schüler beiderseits der Grenzen die Schulen im jeweiligen Nachbarland besuchen können.

Wir unterstützen grenzüberschreitende kommunale Projekte nicht nur mit Absichtserklärungen, sondern werden diese Initiativen mit einer strukturellen Förderung ausstatten, die deren langfristigen Fortbestand garantiert. Wir wollen solche Projekte zu regionalen Institutionen mit eigenen Entscheidungskompetenzen entwickeln, mit denen die verschiedenen Akteure vernetzt und Programme gezielter genutzt werden. Eine solche Initiative, würde sächsische Politik nicht nur europäischer machen, sondern der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Zusammenarbeit einen eigenen sächsischen Akzent verleihen.

Landtag und Staatsregierung müssen sich auf die ständig wachsenden Anforderungen einstellen, die sich aus der Verflechtung zwischen europäischer Politik und der Landes- und Kommunalpolitik in Sachsen ergeben. Im künftigen Wettbewerb der Regionen sind eine europapolitisch/-rechtlich hochqualifizierte Verwaltung und ein in jeder Hinsicht europafähiger Landtag von maßgeblicher Bedeutung.“

Begründung: erfolgt mündlich

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. 1.19

Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Sozial gerecht und sicher leben“)

EinreicherInnen: AG "Soziale Politik" in und bei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

1. Antrag A. 1.19:

Zeile 388/389 ergänzen:

„Die Hartz Gesetze und der mangelnde politische Wille, Armut und Ausgrenzung entschlossen zu bekämpfen, haben zur weiteren Verarmung von Erwerbslosen und Geringverdienern geführt. Die Wirkungen dieser Armutspolitik haben inzwischen weite Bevölkerungsschichten bis in den Mittelstand hinein erreicht.“

Begründung:

Es ist einseitig, die Auswirkungen der Hartz Gesetze auf die Erwerbslosen zu reduzieren. Gerade in ihrer komplexen gesellschaftlichen Ausrichtung trifft diese Politik weit mehr Menschen als nur die Erwerbslosen. Dumpinglöhne, Zeitarbeit, Kinderarmut, „Generation Praktika“, wachsende Altersarmut, sich Selbstausbeutende Selbständige und andere Armutserscheinungen sind eng mit der Agenda 2010 verbunden.

Die Wirtschaftskrise verschärft zwar diese Wirkung, hat sie jedoch nicht hervorgebracht.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

2. Antrag A. 1.19:

Zeilen 412 – 413 verändern:

„DIE LINKE wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Regelsätze für Kinder von Hartz IV-Bezieherinnen und Beziehern erhöht und neu berechnet werden für Kinder ein eigenständiger Regelsatz eingeführt wird, der den besonderen Bedürfnissen und Bedarfe heranwachsender Kinder und Jugendlichen Rechnung trägt, insbesondere durch Berücksichtigung des Wachstumsbedarfs und des Bedarfs an Schulmaterials für gerechte Bildungschancen.“

Begründung:

Eine Erhöhung der Kinderregelsätze im Konstrukt der Bedarfsgemeinschaften kann nur bedingt die verheerenden Auswirkungen einer sich über Generationen verfestigenden Ausgrenzung und Verarmung mindern. Deshalb fordert DIE LINKE die Festschreibung von eigenständigen, von der Bedarfsgemeinschaft losgelösten, Kinderregelsätzen.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen:	• Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

3. Antrag A. 1.19:

Streichung / Ergänzung Zeilen 414 bis 416:

„Das Ziel ist eine armutsfeste Kindergrundsicherung. ~~Aber auch in Sachsen können wir einiges tun, um die Folgen von Kinderarmut zu bekämpfen.~~“ Als einen ersten Schritt wollen wir erreichen, dass das Kindergeld nicht auf Hartz IV angerechnet werden darf. **Aber auch in Sachsen können wir einiges tun, um die Folgen von Kinderarmut zu bekämpfen:** Die Einführung eines kostenlosen

Begründung:

Es ist zu bezweifeln, dass auf Landesebene die Bundesgesetzgebung ausgesetzt werden kann. Dazu gehört auch das Verfahren der Anrechnung von Kindergeld als Einkommen von Bedarfsgemeinschaften. Richtigerweise muss diese Forderung auch auf Bundesebene eingefordert werden.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen:	• Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

4. Antrag A. 1.19:

Zeile 421 ergänzen:

„...Mobilität, **und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben** ermöglichen.“

Begründung:

Mobilität verstehen wir nicht nur als Wert an sich, sondern in erster Linie als eine Grundvoraussetzung zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, als ein Mittel, um sozialer Ausgrenzung und Isolierung entgegen zu wirken.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: •	Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

5. Antrag A. 1.19:

Zeilen 426 und 433:

Ergänzung in Zeile 426:

„... bedarfsdeckenden und **repressionsfreien** sozialen Mindestsicherung...“

Streichung / Ergänzung in Zeile 433:

„... und eine ~~deutliche~~ Erhöhung der Regelsätze **auf 500 EURO** sind **ein erster Schritt** hin zu einer repressionsfreien, bedarfsdeckenden sozialen Mindestsicherung...“

Begründung:

Wenn auch im folgenden Text auf die Repressionsfreiheit Bezug genommen wird, sollte diese Prämisse bereits zu Beginn dieses Abschnittes klar formuliert werden. Zur Erhöhung der Regelsätze muss unserer Landeswahlprogramm ein klares Bekenntnis zu den jüngsten Beschlüssen des Bundesvorstandes und Bundesfraktion ausweisen. – Also, nicht „nur“ eine deutliche Erhöhung, sondern eine Erhöhung auf 500 EURO.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: •	Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

A. 1.20

Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Gute Arbeit, besser wirtschaften“)

EinreicherInnen: Dieter Gaitzsch, Margot Gaitzsch, Dieter Werblow, Jana Behringer-Gaitzsch, Georg Wehse, Jens Gaitzsch, Klaus Krafft

Nach Zeile 208 einfügen:

„Ein weiterer Teil der Fördergelder, die in Sachsen zur Verfügung stehen, sollen zur Förderung bereits vorhandenen Verbrauchergenossenschaften und die Gründung neuer Verbrauchergenossenschaften eingesetzt werden. Damit wollen wir erreichen, dass auch regionale Erzeuger unmittelbar von öffentlichen Geldern profitieren, kurze Reproduktions-kreisläufe gestärkt werden und effiziente Warenumschnläge weiter entwickelt werden.“

Begründung:

Die Verbrauchergenossenschaften erfüllen bereits in hohem Maß die im Programm formulierten Anforderungen an die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und sind ein Ausdruck der Sachkompetenz der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. 1.21

Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Bildung und Kultur für alle und überall“)

EinreicherInnen: Jens Gaitzsch, Margot Gaitzsch, Dieter Gaitzsch, Hildburg Werblow, Dieter Werblow, Klaus Körner, Georg Wehse, Jana Behringer-Gaitzsch, Klaus Krafft, linksjugend [solid] Dresden

1. Antrag:

In **Zeile 836** nach „*Demokratie*“ einfügen **„und Vernetzung“** (hat zur Folge „und“ durch „Komma“ ersetzen)

2. Antrag:

In **Zeile 861** nach „... *weiterentwickeln*.“ einfügen:

„Sachsen entfaltet sein wissenschaftliches Potenzial erst dadurch, dass die Hochschulen durch ein teils dichtes Netz an Instituten verschiedener Gesellschaften erweitert und ergänzt werden. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Instituten und Hochschulen kann wissenschaftliches Potenzial effektiv gebündelt und dadurch verstärkt werden. Wir treten daher für ein landesweites Entwicklungskonzept ein, welches regional verteilte Kompetenz-Zentren für verschiedene Bereiche der Natur-, Ingenieurs- und Geisteswissenschaften auf- und ausbaut. Hierbei darf es nicht vordergründig um die wirtschaftliche Verwertbarkeit der einzelnen Felder gehen. Vielmehr stehen wir für eine ganzheitliche Förderung aller Zweige der Wissenschaft um die Zukunft von Volluniversitäten in ganz Sachsen zu sichern.“

Begründung:

In Dresden gibt es bereits mehrere Institute, welche informell im „Biopolis Dresden“ erfolgreich zusammenarbeiten. Durch die hohe Dichte an biologisch arbeitenden Instituten war dies angebracht und hat den Forschungsstandort Dresden in diesem Bereich attraktiver gemacht. Ein ganzheitliches Konzept für den Freistaat für die gesamte Breite der Wissenschaft fehlt allerdings. Ohne solche Pläne kann es geschehen, dass Standorte wie Görlitz, Zittau, Freiberg oder auch Chemnitz sich zusehends verschlechtern, da das Hinterland der Institute fehlt. Hat ein Standort eine anerkannte Spezialität profitiert letztlich die gesamte Universität davon, da sich der Ruf der Hochschule allgemein verbessert.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. 1.22

Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel 5.3. „Sozial – ökologische Energieerzeugung und Rohstoffpolitik“)

EinreicherInnen: Kreisverband Nordwestsachsen

Ersetzung der Textpassage 5.3. in den Zeilen 1322 bis 1347:

„Die Versorgung der Wirtschaft und der Haushalte mit Energie ist eine bundespolitische Aufgabe.

Ziel ist es diese Politik auf Landesebene so mitzugestalten, dass im Spannungsfeld von sozialen Auswirkungen, Ökologie und Ökonomie optimale Bedingungen geschaffen werden, die den Zielen einer Linken Politik entsprechen.

Zur Sicherung einer effizienten, sicheren und umweltpolitisch sinnvollen Energiebereitstellung sind deshalb alle Möglichkeiten auf regionaler Ebene auszuloten. Darin eingeschlossen ist die Unterstützung von Forschung und Entwicklung für neue Verfahren der Energiegewinnung bzw. Verbesserung der Effizienz der bisher bekannten Verfahren sowie die Minimierung ihrer ökologischen Auswirkungen.

Der einseitige Ausbau einzelner Energieerzeugungsarten muss vor dem Hintergrund seiner sozial-ökologischen Folgen genauestens bewertet werden. Für die Steigerung der Energieeffizienz ist die Wärme- Kraft-Kopplung weiter auszubauen.

Um die sozial- ökologischen Ziele zu erreichen ist auf einen optimalen Mix dezentraler und zentraler Erzeugungsanlagen zu orientieren. Dabei ist konsequent auf eine ständige Versorgungssicherheit zu achten. Die Subventions- und Steuerpolitik muss den genannten Zielen Rechnung tragen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Belastungen für die Bürger, das derzeitige Maß nicht weiter überschreiten.

Die Senkung des Energieverbrauches durch die Nutzung neuer Technologien in der Industrie ist zu fördern. Die Bemühungen bei der Dämmung von Gebäuden sowie beim Einsatz energiesparender Produkte in den Haushalten und in den öffentlichen Gebäuden sind zu unterstützen.

Sachsen ist ein rohstoffreiches Land. Diese Rohstoffe gilt es sinnvoll im gesamtgesellschaftlichen Rahmen der Bundesrepublik zu nutzen.

Linke Rohstoffpolitik heißt, die Auswirkungen auf betroffene Bürger und Umwelt so gering wie möglich zu halten. Dazu ist ein Abwägungsprozess der Vor- und Nachteile zu führen der dem Schutz Betroffener besonders Rechnung trägt. Die mit der Rohstoffgewinnung einhergehenden Veränderungen der Landschaft haben strengsten ökologischen Auflagen zu folgen.“

Begründung:

Zur Sicherung der Existenz der Menschheit und zur Verminderung der schädlichen Einflüsse auf das Öko – System der Erde ist die Veränderung der Energieversorgung unabdingbare Voraussetzung. Dieser Weg muss zügig, aber im globalen Maßstab, und sozialverträglich sein, soll er zum Ziel führen.

Vor diesem Hintergrund muss das Wahlprogramm auf realistische und für die große Masse der Bürger des Landes verständliche und akzeptable Ziele verweisen.

Akzeptabel heißt dabei sozial – ökologisch, die Folgen auf die Bürger auf ein verträgliches Maß begrenzend.

Ein Wahlprogramm muss, bei aller Kürze, die Fragen komplex beantworten und sollte keine sich widersprechende Positionen enthalten. Ebenso sind einseitige, missverständliche und falsche Aussagen zu vermeiden.

Beispiele:

- konsequenter Ausbau sogenannter erneuerbarer Energien aber Entflechtung der Energieversorgungsstrukturen (gemeint sind monopolkapitalistische)
- Bürgerinnenkraftwerke – es findet keine Berücksichtigung der Sozialstrukturen statt, sonst würde hinterfragt, wer sich das leisten kann
- Förderung soll ausschließlich für den Ausbau der „erneuerbaren“ Energien erfolgen. Die Konsequenzen für den Netzausbau und die Versorgungssicherheit und die Kosten für den Bürger werden ausgeblendet
- auch wenn der Begriff, „erneuerbare Energien“ im Sprachgebrauch allgemein akzeptiert wird, sollten wir fachlich korrekt von alternativen Energieformen sprechen oder die Energieform benennen: Windenergie, Solarenergie, Bioenergie, Wasserkraft

Der Änderungsvorschlag zielt mit allgemeingültigen Formulierungen auf eine breite Basis für die Entwicklung neuer Formen der Energieversorgung, ohne die gegenwärtig zwingend erforderlichen zu verdammen.

Das Scheitern des Bürgerbegehrens in Brandenburg gegen neue Tagebaue in der Lausitz sollte uns erkennen lassen, dass veröffentlichte Meinung nicht gleich öffentliche Meinung ist. Wenn wir viele Bürger des Landes für den Prozess der Veränderung der Energiewirtschaft gewinnen wollen, dann müssen wir versuchen, auch die Besorgnis und Ängste vor unbezahlbaren Energiepreisen zu berücksichtigen.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen:	• Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

A. 1.23

Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Gute Arbeit – besser wirtschaften“)

Einreicher: René Nitschke

Passus ab Zeile 99 einzufügen bzw. zu ergänzen:

„Wirtschaftskrisen sind im Kapitalismus systemimmanent. Gegenwärtig sind auch wir in Sachsen von einer weltweiten Krise der Finanzmärkte, einer weltweiten Überproduktionskrise, einer weltweiten Ökologische Krise betroffen.

Die Kosten und negativen Folgen dieser Krisen für die Allgemeinheit sind nicht absehbar.

Die Linke Sachsen sagt daher klar und deutlich: Das real existierende Wirtschaftssystem zerstört die Gesellschaft und die Lebensgrundlagen der Menschen. Es muss abgeschafft werden. "Wir brauchen ein fehlerfreundliches Wirtschaftssystem, welches auf das

Aktivitätspotential von möglichst vielen Menschen basiert" (Elmar Altvater)

Dafür muss hier und heute begonnen werden. Dafür werden wir uns einsetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • Abgelehnt: •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A.1.24

Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“

Einreicher: Jens Naumann

in den Zeilen 35, 285, 341, 380/81 und 821 das Wort / die Wortgruppe
"Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer" ersetzen durch
„lohnabhängig Beschäftigte.“

Begründung:

Wenn wir uns auch in der Sprache der alten Bundesrepublik soweit anpassen - wie (z.B.) mit diesem Wort - sind wir bald bis zur Unkenntlichkeit "angekommen" und verschwunden in dieser beschäftigtenfeindlichen Gesellschaft.

Bei der ersten Verwendung von lohnabhängig Beschäftigte kann auch eine Fußnote angebracht werden: 'In der Bundesrepublik oft verschleiernd als "Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen" bezeichnet.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. 1.25

Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Umwelt schützen und Energiewende einleiten“)

EinreicherInnen: Volker Mieth, Waltraud Klarner, Ursula Mieth

In Zeile 1330 im Abschnitt 5.4. Einfügung nach „...Erzeuger“ von:

„Dabei ist die alles entscheidende Grundlage für eine zukunftsorientierte landwirtschaftliche Produktion in jeder Form die Erhaltung und Mehrung fruchtbaren Bodens.“

Hieran anschließend bleiben die Zeilen 1380 bis 1382 „Gerade ... zu machen“.

Dann einfügen:

“Da auch auf längere Sicht 80% der landwirtschaftlichen Produktion in konventioneller Weise erfolgen wird, unterstützen wir alle Maßnahmen, die den Betrieben die Möglichkeiten geben, weg von einseitigen Anbau von Getreide und Raps wieder hin zur Gestaltung von Fruchtfolgen, die der Gesunderhaltung von Böden und Pflanzen dienen.“

Begründung:

Die unbedingt notwendige Erhaltung des Bodens als unersetzbare Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion (Nahrungsmittel, industrielle bzw. energetische Rohstoffe) ist vorrangig eine existenzsichernde Aufgabe und dann natürlich ebenfalls eine wichtige Maßnahme zur Erhaltung unserer Natur und Umwelt.

Daher sollte diese Forderung im Abschnitt Landwirtschaft gestellt werden.

Damit bereits jetzt schon gewährleistet werden kann, dass generell die landwirtschaftlichen Erzeugnisse den hohen Anforderungen der Verbraucher gerecht werden, aber der flächendeckende ökologische Umbau noch lange Zeit braucht, sollten im Programm auf umweltfreundliche, auf langfristigen Erfolg orientierte Maßnahmen der traditionellen Landwirtschaft hingewiesen werden. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Großraumländwirtschaft sehr effektiv mit traditionellen Methoden von Pflanzen- und Tierproduktion ökologisch und umweltfreundlich erfolgen kann.

Entscheidung des Parteitag

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A.1.27

Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Umwelt schützen und Energiewende einleiten“)

Einreicherin: Luise Neuhaus

Ergänzung:

„Der Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle zur Militärdrehscheibe trifft auf den entschiedenen Widerstand der LINKEN. Wirtschaftlichen Nutzen aus Völker- und Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern zu ziehen ist nicht zu rechtfertigen.

Vielmehr muss die Ansiedlung von zivilen Fluggesellschaften zur Erweiterung des Flugroutenangebots des größten Interkontinentalflughafens Mitteldeutschlands unterstützt werden.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • Abgelehnt: •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A.1.28

Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“

EinreicherInnen: LAG Betrieb & Gewerkschaft

1. Antrag A.1.28:

Überschrift Zeile 77 ändern in:

„Gute Arbeit - Guter Lohn - Soziale Sicherheit“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

2. Antrag A.1.28:

Zeile 85 f.

„Der Abstand zu den westdeutschen Ländern ist nach wie vor groß.“

Ersetzen durch:

„Der Abstand zu den westdeutschen Ländern ist nach wie vor zu groß und ist in den letzten Jahren nicht verringert worden.“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

3. Antrag A.1.28:

Zeile 91

„Stagnation der Realeinkommen“

ersetzen durch:

„Realeinkommensverlusten“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

4. Antrag A.1.28:

Zeile 99

„Systemimmanent“

ersetzen durch:

„systembedingt“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

5. Antrag A.1.28:

Zeile 107

„Die Arbeits-,“

ersetzen durch:

„Die Arbeitsmarkt-,“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

6. Antrag A.1.28:

Zeile 109

„*existenzsichernden, fairen Entlohnung*“

ersetzen durch:

„existenzsichernden und tarifgebundenden Entlohnung“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

7. Antrag A.1.28:

Zeile 113 f.

„*die Auswirkungen der Wirtschaftskrise für die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen so gering wie möglich zu halten.*“

Ersetzen durch:

„das für Auswirkungen der Wirtschaftskrise, nicht diejenigen zahlen müssen, die für sie nicht verantwortlich sind.“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

8. Antrag A.1.28:

Zeile 119

„*Gleichzeitig müssen die Fehler der Vergangenheit vermieden werden.*“

ändern in:

„Gleichzeitig müssen die Fehler der Vergangenheit korrigiert werden.“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

9. Antrag A.1.28.

Zeile 120

„Unterstützung“

ersetzen durch

„Durchsetzung“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

10. Antrag A.1.28:

Zeile 121

„kann die Politik“ ersetzen durch

„muss die Politik“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

11. Antrag A.1.28:

Zeile 123

hinter „Gute kommt“

einzuführen:

„In diesen Fällen muss die Gewährleistung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten Voraussetzung sein.“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

12. Antrag A.1.28:

Zeile 125

„Wirtschaft: sozial und ökologisch“

Ersetzen durch

„Wirtschaft: sozial, ökologisch und nachhaltig“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

13. Antrag A.1.28:

Zeile 140 - 142

„Sachsen hat die besten Voraussetzungen, durch seine lange Ingenieurstradition, gute technische Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie seine Erfahrungen in der Energieerzeugung zu dem Land ökologischer Innovation zu werden.“

Ersetzen durch

„In einem Land mit einer langen Ingenieurstradition, leistungsstarken Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen sowie einer langen Tradition der Energieerzeugung hat Sachsen die besten Voraussetzungen, um zu dem Land ökologischer Innovationspolitik zu werden.“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

14. Antrag A.1.28:

Zeile 153

„reduzieren“

Ersetzen durch:

„abbauen“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

15. Antrag A.1.28:

In Zeile 155 anfügen:

„Öffentlich-private Partnerschaften“ (ÖPP) als alternatives Investitionskonzept lehnt DIE LINKE.Sachsen grundsätzlich ab.“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

16. Antrag A.1.28:

Zeile 168

Nach gesetzlichen Mindestlohnes anfügen:

„von mindestens 8 Euro die Stunde.“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

17. Antrag A.1.28:

Zeile 170

hinter „die Mindestlöhne zahlen“

einfügen:

„und möglichst viele Tarifverträge allgemeinverbindlich erklärt werden.“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

18. Antrag A.1.28:

Zeile 175

faire Löhne ergänzen mit:

„und für existenzsichernde Löhne zu sorgen.“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

19. Antrag A.1.28:

Zeile 175

nach „zu sorgen“

wird eingefügt:

„Für alle Angestellten im öffentlichen Dienst ist konsequent der Tarifvertrag für die Länder (TV-L) anzuwenden, und die Ergebnisse der entsprechenden Tarifrunden sind jeweils zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten zu übertragen.“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: • **Abgelehnt:** •

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

20. Antrag A.1.28:

Zeile 253 f.

„und auch Leiharbeit daher begrenzen. Sie darf wirklich nur für einen kurzen Zeitraum zulässig sein.“

Ersetzen durch

„und Leiharbeit auf wenige hochqualifizierte Spezialisten begrenzen. Wir fordern eine Obergrenze für die Beschäftigten der Leiharbeit im Verhältnis zur Stammebelegschaft und dass Beschäftigte der Leiharbeitsfirmen nur befristet in einem Betrieb beschäftigt werden. Desweiteren muss gelten "Ein Betrieb, ein Tarif" und die Beschäftigten einer Leiharbeitsfirma erhalten zusätzlich zu ihrer Entlohnung eine Flexibilitätsvergütung. Verbot von Leiharbeit in bestreikten Betrieben.“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

21. Antrag A.1.28:

Zeile 264

hinter „Beschäftigung treten.“

wird eingefügt:

„Befristete Arbeitsverhältnisse haben in den letzten Jahren stark zugenommen. In 2008 war jede 2. Neueinstellung befristet. Besonders betroffen sind junge Menschen. Die Linke fordert daher eine Eindämmung von befristeten Arbeitsverhältnisse. Desweiteren einen Rechtsanspruch auf Übernahme sobald im Betrieb Arbeitskräftebedarf besteht.“

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

22. Antrag A.1.28:

Zeile 355-366

von „DIE LINKE. Sachsen will jedem jungen Menschen“ bis „und Ausbildungsplatzförderung“
ersetzen durch:

„DIE LINKE. Sachsen fordert einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz. Und damit das Persönlichkeitsrecht der jungen Menschen auf Bildung und Qualifikation. Wir werden uns für den Erhalt und die Verbesserung des bestehenden dualen, nicht modularisierten Berufsausbildungssystems und für die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage einsetzen. Die Berufsausbildung darf sich nicht einseitig am Bedarf der Wirtschaft orientieren. Sie ist eine individuelle Ausbildung und Qualifizierung von jungen Menschen und sorgt mit für gleiche Arbeits- und Berufschancen. Das Ziel ist dabei die Verwirklichung des Rechts auf eine der persönlichen Qualifikation entsprechenden Arbeit. DIE LINKE. Sachsen fordert die Aussetzung der Ausbilder-Eignungs-Verordnung (AEVO) sofort zu beenden. Die Kammern müssen ihrer Pflicht die Qualität der Ausbildung zu überwachen verstärkt nachkommen. Hier müssen die Mitwirkungs- / Mitspracherechte der Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) gestärkt werden. DIE LINKE. Sachsen unterstützt die Idee europäischer Kernberufe und setzt sich für Gleichberechtigung in der Ausbildung ein.“

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen:	• Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

23. Antrag A.1.28:

Zeile 864

„Ausbau der Mitbestimmung von Studierenden“

Ersetzen durch:

„Ausbau der Mitbestimmung von Studierenden und Mittelbau“

Begründungen für alle Teilanträge: erfolgen mündlich

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen:	• Abgelehnt: •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

II. Berichte

Bericht des Finanzbeirates (FBR) an den 3. Landesparteitag

Seit dem 2. Landesparteitag hat der FBR vier Sitzungen durchgeführt. In den Monaten September bis Dezember 2008 stand die Erarbeitung des Finanzplanes für das Jahr 2009 im Mittelpunkt. Der FBR hat gemeinsam unter Leitung des Landesschatzmeisters die Finanzplanung in den neuen Kreisverbänden begleitet. Hierbei wurde vor allem auf die Ausgaben für die Wahlen im Jahr 2009 geachtet. Grund dafür war die deutliche Überschreitung der Ausgaben gegenüber dem Plan zu den Wahlen Jahr 2008.

Die Ausgaben der Landesweiten Zusammenschlüsse und der Gremien wurden durch den FBR besonders beachtet und analysiert.

Seit langem ist es uns gelungen, dass noch im Dezember der Plan für das Folgejahr beschlossen wurde.

In der ersten Sitzung im Jahr 2009 wurde sich vordergründig mit den Wahlfinanzen und die Mandatsträgerbeiträge in den Kreisverbänden sowie auf der Landesebene beschäftigt. Der FBR will noch im Mai dem Landesvorstand eine Analyse der Geschäftsstellen und die dafür 2008 benötigten finanziellen Mittel vorlegen. Damit will der FBR dem Landesvorstand bei der Festlegung der Bürgerbüros / Wahlkreisbüros nach der Landtags- und Bundestagswahl unterstützen.

Die Mitglieder des FBR werden sich aktiv am Wahlkampf beteiligen. Die Mehrzahl der Mitglieder des FBR kandidiert zu den Kommunalwahlen 2009.